



Kreisverband Freising

www.gruene-freising.de

Claudia Bosse 08165/5978

Klaus-Dieter Walter 08161/1480635

Email: claudia.bosse@gruene-neufahrn.de

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Kreisverband Freising

Positionspapier Flächenverbrauch

Inhalt

1. Die Situation

- 1.1. Daten zum Flächenverbrauch
- 1.2. Folgen des Flächenverbrauchs

2. Die Ursachen

- 2.1. Sozioökonomische Entwicklungen
- 2.2. Raumplanung - kommunale Planungshoheit
- 2.3. Finanzielle Aspekte
- 2.4. Der Bodenmarkt
- 2.5. Die "autogerechte" Kommune
- 2.6. Fehlendes Problembewusstsein

3. Die Lösungsansätze

- 3.1. Kommunikation - Voraussetzung zum Umdenken
- 3.2. Fundierte Analyse - Voraussetzung jeder Planung
- 3.3. Umnutzung
- 3.4. Innenentwicklung vor Außenentwicklung
- 3.5. Miteinander statt gegeneinander
- 3.6. Positive Beispiele, Konzepte und externe Unterstützung

Vorbemerkung

Den wortreichen Ankündigungen und wohlklingenden Verlautbarungen vieler Verantwortlicher in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, den enormen Flächenverbrauch einzudämmen, müssen endlich Taten folgen. Das Ziel der Bundesregierung und auch der Bayerischen Staatsregierung, den täglichen Flächenverbrauch auf 30 ha bundes- bzw. 6 ha bayernweit einzuschränken, darf nicht länger ein bloßes Lippenbekenntnis bleiben.

Dieses Positionspapier möchte einen Beitrag dazu leisten, das Problembewusstsein zu wecken und Lösungsansätze aufzuzeigen, um damit zum Umdenken und zum Um-Handeln anzuregen.



1. Die Situation

1.1. Daten zum Flächenverbrauch

Der immense Flächenverbrauch ist zu einem zentralen Umweltproblem geworden.

Jeden Tag gehen in der Bundesrepublik zur Zeit ca. 90 ha Acker, Wiese oder Wald verloren - in jeder Sekunde werden in Deutschland etwa 10 m² Freifläche in Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsfläche umgewandelt. Etwa die Hälfte davon, also 5 m² pro Sekunde, werden dabei unter Beton oder Asphalt versiegelt. (1)

Der Flächenverbrauch in Bayern betrug im Jahr 2011 etwa 20 ha pro Tag (= 25 Fußballfelder). Pro Jahr werden in Bayern etwa 7.300 ha Freifläche verbraucht - das entspricht fast der Größe des Chiemsees, der eine Fläche von 8.000 ha hat. (2)

Laut dem bayerischen Agrarbericht 2010 hat die landwirtschaftliche Nutzfläche in Bayern seit dem Jahr 1970 um ca. 500.000 ha abgenommen - in einem Zeitraum von nur 40 Jahren ein Verlust in der Größe der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Regierungsbezirks Niederbayern. (3)

Die gesamte Ackerfläche in Bayern hat eine Größe von 2,1 Millionen ha. Bei einer Flächenverbrauchsrate von 20 ha pro Tag, wäre diese Fläche in 287 Jahren vollständig zugebaut!

Die Landkreise Erding und Freising sind Spitzenreiter beim Flächenverbrauch in Bayern. Im Landkreis Freising wurden im Zeitraum von 1985 bis 2010 3.890 ha für Verkehr, Siedlungen und Gewerbe verbraucht, 155 ha in jedem Jahr - allein in dem kurzen Zeitraum von nur 25 Jahren etwa fünf Prozent der Landkreisfläche! (4)

1.2. Folgen des Flächenverbrauchs

Die Umwandlung von Freiflächen ist mit gravierenden, meist irreversiblen Schädigungen von Boden und Landschaft verbunden. Die freie Landschaft wird immer mehr zerschnitten und fragmentiert. Dies hat gravierende Auswirkungen auf viele Tier- und Pflanzenarten, deren Lebensräume immer kleiner werden. Verbindung und Vernetzung der Lebensräume ist nur noch schwer möglich.

Landwirtschaftlicher Boden ist (neben dem Fischfang) die Grundlage unserer Ernährung. Versiegelung (und oft damit einhergehende Schadstoffanreicherungen im Bereich von Gewerbe- und vor allem Verkehrsflächen) sind eine massive Gefahr für unsere Böden. Intakte Böden und ausreichende fruchtbare Flächen jedoch sind essentielle Voraussetzungen für die Lebensmittelerzeugung - Essen wächst nicht im Supermarkt!

Mit der Zunahme der Versiegelung verlieren die Böden an Wasserrückhaltefähigkeit. Versiegelte Flächen können Wasser nicht speichern - der Wasserhaushalt wird nachhaltig gestört, mit der Folge steigender Abschwemmungs- und Hochwassergefahren.

Und: Landschaft ist mehr als Standort. Landschaft ist Lebensraum, nicht nur für Tier- und Pflanzenarten, sondern auch für uns Menschen. Landschaft ist Erholungs- und Rückzugsraum. Mit Landschaft verbindet der Mensch sein Gefühl von Heimat. Intakte Natur- und Kulturlandschaften sind ein wesentlicher Teil unserer Lebensqualität, sie geben Raum für Besinnung und Kontemplation, sie sind Kontrapunkt zu einer hektischen, allein an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Welt.

2. Die Ursachen

Die Zunahme von Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsflächen hat vielfältige Ursachen:

2.1. Sozioökonomische Entwicklungen

Wesentlich verantwortlich für die steigende Flächeninanspruchnahme sind technisch-ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen, sowie die Zunahme des materiellen Wohlstandes seit den 1950er Jahren.

Das individuelle Einkommen der Bevölkerung hat stark zugenommen. Resultierend daraus hat sich das Konsumverhalten der Menschen stark geändert. Die zunehmende Verfügbarkeit von Produkten auch aus entfernten Regionen bedingt einen starken Zuwachs des Güterverkehrs - meist auf der Straße. Neue Formen der Warendistribution ("just in time", "on demand") führen zu einer Vielzahl von Logistikparks und Lagersystemen mit dementsprechend steigendem Flächenbedarf.

Die Veränderung der Arbeitswelt durch den Einsatz flächenintensiver Produktionstechniken und Betriebsorganisationen führt zu einer ständig steigenden Zahl von Gewerbegebieten im Außenbereich.

Die Mobilität der Bevölkerung hat stark zugenommen. Dabei spielt das Auto eine immer größere Rolle. Durch mehr Freizeit steigt die Zahl der Nah- und Fernreisen. Die Trennung der Bereiche Wohnen, Arbeiten und Einkaufen führt zu einem Anstieg des Pendlerverkehrs mit einem immer noch zunehmenden Bedarf an neuen Straßen. Die gesamte Verkehrsfläche in Deutschland umfasst zurzeit etwa 1,75 Millionen ha. Täglich nimmt allein die Straßenverkehrsfläche um 22 ha zu (15 ha/Tag kommunale Straßen, 7 ha/Tag Staats-, Bundesstraßen sowie Autobahnen). (5)

Die individuellen Wohnansprüche wachsen. Es gibt immer mehr Single-Haushalte. Der Trend zum Eigenheim im Grünen nimmt nur langsam ab. Entfielen im Jahr 1960 statistisch 14 m² Wohnfläche auf jeden Einwohner Deutschlands, waren es 2010 bereits 42 m² pro Person. (6)

2.2. Regionale Planung - kommunale Planungshoheit

Denken über die kommunalen Grenzen hinaus und gezielte regionale Maßnahmen könnten den Flächenverbrauch und die Zersiedelung der Landschaft verringern.

Doch der Einfluss der übergeordneten Landes- und Regionalplanung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Wirtschaftliche Aspekte und Einzelinteressen stehen im Vordergrund. Dies wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, dass die Landesplanung im Bayerischen Wirtschaftsministerium angesiedelt ist.

Die kommunale Planungshoheit ermöglicht den Kommunen eine eigenständige Entwicklung und einen großen Handlungsspielraum. Sie ist ein hohes Gut, beinhaltet aber auch ein hohes Maß an Verantwortung. Ihr großer Vorrang führt häufig zu Missachtung überregionaler und landesplanerischer Ziele und Vorgaben. So werden z.B. das "Anbindungsgebot" (räumliche Nähe neuer Bau- oder Gewerbegebiete zum Ort) oder das "Harmonisierungsgebot" (angemessenes Größenverhältnis von Einwohnerzahl und Gewerbeflächen) oftmals zu wenig beachtet. Selbst Regionale Grünzüge oder Landschaftsschutzgebiete sind unter Hinweis auf die kommunale Planungshoheit keine Tabuzonen mehr für eine Bebauung.

Die planerische Eigenständigkeit der Kommunen führt häufig auch dazu, dass planerisches Denken an den Gemeindegrenzen halt macht. Landkreisweite oder regionale Ansätze für interkommunale Zusammenarbeit oder gemeinsam abgestimmte gemeindeübergreifende Entwicklungen werden dadurch erschwert.

2.3. *Finanzielle Aspekte*

Das bestehende Gemeindefinanzierungssystem, bei dem sich die Kommunen hauptsächlich über Einkommens- und Gewerbesteuer finanzieren, fördert eine expansive Flächenausweisungspolitik der Kommunen.

Zwischen den Kommunen herrscht ein zunehmender Wettbewerb um die Neuansiedlung von Gewerbe- und Wohngebieten ("Bürgermeisterwettbewerb"). Viele Kommunen fühlen sich auf Grund der finanzpolitischen Rahmenbedingungen quasi "gezwungen" eine großzügige Flächenausweisungspolitik zu praktizieren.

Das Ergebnis ist oft ein ruinöser Wettbewerb, um das Überangebot an Gewerbeflächen zu verkaufen. Da diese vielfach in Vorleistung errichtet und erschlossen werden, bleibt ein finanzieller Gewinn für die Kommunen unter den Erwartungen oder fällt ganz aus.

Die Möglichkeiten der Bauleitplanung für eine umweltschonende, flächensparende und nachhaltige Kommunalentwicklung werden meist nicht genutzt.

2.4. *Der Bodenmarkt*

Der Bodenpreis ist neben allen planerischen Gestaltungsmöglichkeiten eine entscheidende Größe für die Ansiedlung von Gewerbe- und Wohnbauflächen. Die verschiedenen gesellschaftlichen und umweltrelevanten Funktionen des Bodens und der Landschaft werden aber von den Marktpreisen nicht abgebildet.

Zu diesem Marktversagen kommt ein Politikversagen: Für Grundbesitzer ist die Veräußerung als Bauland auf Grund der steuerlichen Gegebenheiten meist wesentlich gewinnbringender als eine landwirtschaftliche oder naturnahe Nutzung. Die geringe preisliche Attraktivität der Freiflächennutzung (Land-, Forstwirtschaft, Erholung oder Naturschutz) ist somit eine wesentliche Ursache dafür, dass sich Siedlungsentwicklung hauptsächlich auf Freiflächen außerhalb bestehender Siedlungsgebiete vollzieht. (7)

Solange keine grundlegende Reform der Besteuerung des Bodenmarktes erfolgt, solange die massiven Gewinne, die sich aus der Ausweisung von Bebauungsflächen für Einzelne ergeben, nicht zugunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden, wird sich an diesen Zusammenhängen nichts ändern. Ideen für eine Innovation des Steuerrechts sind durchaus vorhanden (siehe hierzu auch Bund „Positionen“ Heft 44).

2.5. *Die "autogerechte" Kommune*

Kommunen denken bei ihrer Bauleitplanung oft "vom Auto her". Immer mehr Kinos und Supermärkte "auf der grünen Wiese" werden geplant und gebaut - meist der Parkplätze wegen. Die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Einkaufen werden getrennt.

Ein rein "autoorientierter" Verkehrs- und Siedlungsbau verbraucht jedoch enorm viel Fläche. Während auf einen Einwohner im innerstädtischen Bereich einer Großstadt etwa 80- 100 m² Siedlungs- und Verkehrsfläche entfallen, sind dies bei kleineren Gemeinden oft bis zu 1.000 m² pro Person. Dies wird (neben einem höheren Anteil von Gärten und Grünflächen) vor allem durch die Dominanz des Autos bei großflächig entzerrten Siedlungsstrukturen hervorgerufen. Autoverkehr benötigt pro beförderte Person rund das Zehnfache an Fläche im Vergleich zu Fahrten mit Bahn oder Bus. Zusätzlich werden Parkplätze benötigt. ⁽⁸⁾ Eine weitere Alternative zum Autoverkehr ist die Nutzung des Fahrrades.

Deshalb werden in unseren Städten die Flächen für Fußgänger und Radfahrer immer geringer. Spielflächen für Kinder werden immer mehr eingeengt. Spielen auf der Straße, früher noch selbstverständlich, ist aufgrund der hohen Verkehrsbelastung kaum mehr möglich. In den Innenstädten fehlen Flächen für Straßencafes und Stadtmöblierung. Die Aufenthalts- und Verweilqualitäten unserer Innenstädte nahmen ab und ziehen Geschäftsaufgaben und Leerstände nach sich.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die einseitige Fixierung auf das Auto auch ausgrenzt. Schätzungen zufolge haben etwa 30 - 40 % der Menschen in Deutschland (vor allem Alte und Kinder) keinen direkten Zugang zu einem Automobil. ⁽⁹⁾

2.6. Fehlendes Problembewusstsein

Insbesondere im ländlichen Raum herrscht vielfach die Auffassung: "Fläche haben wir genug". Grund und Boden werden als freie Verfügungsmasse betrachtet, etwas, das scheinbar im Überfluss vorhanden ist. Grundbesitzer verkaufen ohne lange zu überlegen, wenn die Flächennutzungsplanung einer Gemeinde aus Ackerland um ein Vielfaches teureres Bauland macht.

Die Zahlenbeispiele unter Punkt 1 dieses Positionspapiers sind vielen Verantwortungsträgern und Entscheidern in den kommunalen Gremien nicht bekannt. Das Denken in langen Zeiträumen, in Nachhaltigkeitsstrategien für die nächsten vier, fünf oder sechs Generationen, fehlt. Es wird oft nur in Legislaturperioden gedacht. Und: Entscheidungsträger (v.a. Bürgermeister) wollen etwas "Sichtbares" erreicht haben - die Umgehungsstraße, den neue Supermarkt, das Gewerbegebiet, die neue Wohnbausiedlung.

3. Die Lösungsansätze

Die Kommunen haben bereits heute vielfältige Möglichkeiten zu handeln:

3.1. Kommunikation - Voraussetzung zum Umdenken

Transparenz und echte Kommunikation sind unabdingbare Voraussetzungen, um Bürgerschaft und MandatsträgerInnen beim Umdenken innerhalb der Kommune mitzunehmen.

Verzichtsappelle oder der "erhobene Zeigefinger" sind der falsche Weg. Viel mehr hilft es, die positiven Aspekte des Flächensparens in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Positive Beispiele, Entwicklungen und Erfahrungen aus anderen Kommunen wirken überzeugend und können ein Überdenken bisheriger Positionen unterstützen.

3.2. Fundierte Analyse - Voraussetzung jeder Planung

Die Basis für eine nachhaltige Bauleitplanung ist in jedem Fall eine fundierte Analyse der Situation. Die Chancen, aber auch die Risiken, müssen genau bedacht werden. Vorgefertigte Denkmuster im Sinne von "das ist immer schon so gemacht worden" oder "das machen doch die anderen auch" führen im Endeffekt sehr oft nicht zum gewünschten Ergebnis.

Essentiell ist es, eine fundierte Kosten-Nutzen-Analyse anzufertigen, die nicht nur mögliche finanzielle Gewinne einer Bebauung aufzeigt, sondern auch ehrlich alle Kosten genau erfasst (von der Erstellung über den Betrieb bis zur Instandhaltung).

Oft werden z.B. gerade an verkehrstechnisch gut angebundenen Standorten vorschnell Gewerbeflächen für sehr viel Geld erschlossen, die dann die in sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen und lediglich Logistikfirmen oder unerwünschtes Gewerbe wie Spielcasinos anziehen.

Diverse Folgekosten- und Folgeeinnahmerechner bieten hier wertvolle Hilfe, beispielsweise:
www.womo-rechner.de (Wohn- und Mobilitätskostenrechner)
www.was-kostet-mein-baugebiet.de, www.mit-zukunft-rechnen.de (Folgekostenrechner)
www.lean2.de (fiskalische Wirkungen/Haushalt)

3.3. Umnutzung

Bedingt durch den demografischen Wandel stehen in vielen Kommunen immer mehr Wohn- und auch Arbeitsgebäude leer. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt zu Leerständen oder Unternutzung in landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. Oft stehen auch alte Anlagen und verlassene Gewerbeflächen leer.

Bevor neue Gebiete ausgewiesen und neue Gebäude gebaut werden, ist es sinnvoll bestehende Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten auf eine neue Verwendung hin zu untersuchen. In vielen Gemeinden gibt es erfolgreiche Konzepte zur Umnutzung bestehender Gebäude - mit positiven finanziellen Effekten. Als positives Beispiel ist hier die Gemeinde Fraunberg (Landkreis Erding) zu nennen, die in Zusammenarbeit mit der FH Landshut ein zukunftsweisendes Konzept zur Umnutzung früherer landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude entwickelt hat.

3.4. Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Oberstes Ziel nachhaltiger Kommunalentwicklung ist die Schaffung eines positiven Lebens- und Arbeitsumfeldes in der Kommune. Die Menschen müssen sich mit ihrem Ort identifizieren können und gern in ihm leben. Anstatt den oft vorzufindenden Gewerbegebietseinheitsbrei am Ortsrand zu fördern, müssen Städte und Gemeinden den Lebensraum im Ort neu "be - leben". Geschäfte gehören in die Orte. Wohnen, Einkaufen und Arbeiten gehören - so weit wie möglich - wieder zusammengefasst und nicht getrennt.

Nicht die auto-gerechte sondern die menschen-gerechte Kommune muss im Mittelpunkt der Bauleitplanung stehen, um die immer stärker zunehmende Verödung der Innenbereiche unserer Städte und Gemeinden zu stoppen.

Vor der Genehmigung von Neubaugebieten muss der Bestand qualifiziert erfasst werden. Erst wenn nachgewiesen ist, dass im Innenraum kein Potential zur Innenentwicklung vorhanden ist, darf die Ausweisung von neuen Baugebieten genehmigungsfähig sein. Bauen und Renovieren im Ortskern muss preiswerter werden als im Außenbereich.

Die Kommunen können dabei unterstützen und Anreize schaffen, wie zum Beispiel Förderprogramme für Investitionen im Innenbereich, finanzielle Unterstützung der Erstberatung durch Architekten, intensive Gespräche mit den Bauwilligen u. a. Kommunen wie z.B. in der Gemeindeallianz Hofheimer Land oder in der ILE Oberes Werntal zeigen, dass dies funktionieren kann.

Hinzu kommt: Je stärker sich eine Kommune im Innenbereich entwickelt, desto geringer wird der äußere Erschließungsaufwand. Die Kosten gehen zurück, weniger Kanalsysteme, weniger Straßen müssen gebaut werden, das Verkehrsaufkommen nimmt ab.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Architektur und die Bebauungsplanung. Bereits bestehende Ansätze für eine flächensparende, energiesparende, lebendige und menschengerechte Planung und Gestaltung unserer Arbeits- Wohn- und Lebensräume müssen weiterentwickelt werden. Die bisher oft rein funktional ausgerichtete "Alltagsarchitektur" kann ästhetisch aufgewertet werden - auch Gewerbebetriebe sind nicht von vorne herein hässlich, sie werden hässlich geplant und gebaut.

Weiche Standortfaktoren wie ein ansprechendes Ortsbild, ein lebendiger Ortskern mit vielfältigen Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten (wie Kino, Cafe, Gaststätten), zählen im Wettstreit um die Ansiedlung auch finanziell interessanter Arbeitsplätze (z.B. IT-Firmen) mehr als das hundertste seelenlose Gewerbegebiet am Ortsrand. Firmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen suchen gerade die attraktive Lage im Innenbereich.

3.5. *Miteinander statt gegeneinander*

Anstatt in den Nachbarn nur GegnerInnen und KonkurrentInnen auf der Jagd nach InvestorInnen zu sehen, sollten Kommunen zukünftig bemüht sein, stärker als bisher über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen.

Regional abgestimmte Entwicklungskonzepte haben nur dann eine Chance, wenn die einzelnen Kommunen ihr Konkurrenzdenken untereinander zurückstellen, wenn sie aufhören, ihre kommunale Planungshoheit ohne jegliche Rücksicht auf andere auszuschöpfen. Städte und Gemeinden müssen anfangen, Hand in Hand an einer Verringerung des Flächenverbrauchs zu arbeiten.

Das funktioniert nur, wenn eine ausreichende Vertrauensbasis zu den Nachbarkommunen aufgebaut werden kann, wenn man bereit ist, Rechte und Pflichten zu teilen, Aufgaben gemeinsam anzupacken und Synergieeffekte zu erkennen und zu nutzen. Das kann z.B. der gemeinsame Kindergarten sein, ein gemeinsames Kommunalmarketing oder ein sich im besten Fall ergänzendes Angebot an Wohn- und Gewerbeflächen.

3.6. *Positive Beispiele, Konzepte und externe Unterstützung*

Um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, mittelfristig den Flächenverbrauch auf etwa 30 ha pro Tag zu senken, sind vielfältige Anstrengungen vonnöten. Aber nicht jede Kommune muss das Rad neu erfinden. Es gibt vielfältige Ansätze und positive Beispiele, die darauf warten, nachgemacht zu werden. Die Gemeinde Furth bei Landshut z.B. setzt konsequent auf Innenentwicklung und Flächensparen. Furth ist eine der am häufigsten ausgezeichneten Gemeinden Bayerns für nachhaltige Entwicklung. Die Gemeinde setzt bewusst nicht auf Wachstum sondern auf Bildung und Konsolidierung - und ist damit auch finanziell sehr erfolgreich.

Viele andere Städte und Gemeinden beteiligen sich an Programmen und Initiativen der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen der Städtebauförderung und der Dorferneuerung.

Einige dieser Initiativen kurz im Überblick:

Das Aktionsprogramm "Dorf vital" des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie legt den Schwerpunkt der Dorferneuerung auf die Innenentwicklung - baulich genauso wie sozial - um die Dorfkerne zu stärken und ländliche Gemeinden zukunftsfähig und lebenswert zu erhalten. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms hat die Verwaltung für ländliche Entwicklung zusammen mit externen Experten einen "Leitfaden zur Innenentwicklung" erarbeitet.

www.landentwicklung.bayern.de/dokumentationen/dorf_vital/

Die Initiative "Leben findet Innenstadt" der Städtebauförderung Bayern hat es sich zur Aufgabe gemacht, Innenstädte und Ortszentren in öffentlich-privater Partnerschaft aufzuwerten. Die örtliche Wirtschaft, ImmobilieneigentümerInnen und Bürgerschaft sollen dabei "gemeinsam Hand in Hand an der Aufwertung ihrer Stadt- und Ortszentren" arbeiten.

www.lebenfindetinnenstadt.de

Das Modellvorhaben "Ort schafft Mitte" des Bayerischen Innenministeriums läuft seit Sommer 2010. Ziel dieses Modellvorhabens ist es, unter wissenschaftlicher Begleitung, in ausgewählten Städten und Gemeinden "innovative Instrumente zur Beseitigung von Gebäudeleerständen in Innenstädten und Ortskernen" zu entwickeln. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen "praxisnah aufbereitet und anderen Kommunen in ähnlichen Problemsituationen zur Verfügung gestellt" werden.

www.innenministerium.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung

Schlussbemerkung

Die Instrumente der Planung für eine flächensparende Gemeindeentwicklung sind da. Ob sie eingesetzt werden oder nicht, beruht aber auf Freiwilligkeit und hängt vom politischen Willen der kommunalen EntscheidungsträgerInnen ab.

Für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ist regionale Zusammenarbeit unerlässlich und zahlt sich auf lange Sicht aus. Auch sie beruht derzeit auf Freiwilligkeit, benötigt Vertrauen und Abkehr vom Kirchturmdenken.

Freiwilligkeit setzt allerdings immer Einsicht voraus. Deshalb ist der erste und wichtigste Schritt hin zur Eindämmung unseres enormen Flächenverbrauchs eine fundierte Informations- und Aufklärungsarbeit. Nicht nur die ökologischen Konsequenzen, auch die ökonomischen Folgen müssen dabei in den Blick genommen werden. Kosten-Nutzen-Analysen sollten zur selbstverständlichen Basis kommunaler Planungen werden.

Andere Kommunen machen es bereits vor. Umdenken und Um-handeln geht!
Gelungene Beispiele zeigen: Mehr Lebensqualität im Ortsinneren ist erfolgreiche Politik!

Grundlagen

Datengrundlagen:

- (1) Umweltbundesamt (UBA), www.umweltbundesamt.de
- (2) Flächenverbrauchsbericht 2012, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit www.stmug.bayern.de
- (3) Bayerischer Agrarbericht 2010
- (4) Antwort der Bayer. Staatsregierung vom 14.12.2011 auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Christian Magerl vom 10.11.2011
- (5) Umweltbundesamt (UBA), www.umweltbundesamt.de
- (6) ebd.
- (7) BUND "positionen" Heft 44, Zukunftsfähige Raumnutzung. Boden gut machen! Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Köln, Januar 2008
- (8) ebd.
- (9) Bundesverkehrsministerium, Verkehr in Zahlen

Weitere fachliche Grundlagen:

- Bündnis für Flächensparen in Bayern, www.stmug.bayern.de/umwelt/boden/flaechensparen/buendnis.htm
- NABU Bundesverband, Die Flächensparer – Das Drehbuch, Naturschutzbund Deutschland e.V. Berlin, Juni 2012
- Toni Wollschläger, Fakten zum Flächenverbrauch in der Region (Vortrag in den Landkreisen Freising und Erding)
- Claudia Bosse, Boden erhalten - Ortskerne stärken. Die Rolle der Planung beim Flächensparen (Vortrag Kommunalpolitische Fachtagung 2012 Grüne Landtagsfraktion Bayern)
- Dr. Christian Magerl, Der Naturschutz bleibt auf der Strecke – zur Diskrepanz vom kommunalen Flächenverbrauch und Ausgleichsflächen (Vortrag Kommunalpolitische Fachtagung 2012 Grüne Landtagsfraktion Bayern)

VerfasserInnen für den Kreisverband Freising: Toni Wollschläger, Veri Juranowitsch, Claudia Bosse

Vorarbeit Projektgruppe Flächenverbrauch: Claudia Bosse, Manfred Drobny, Waltraud Heinlein-Zischgl, Veri Juranowitsch, Thomas Michel, Michael Stanglmaier, Angelika Werner-Ripperger, Toni Wollschläger

einstimmig verabschiedet auf der Kreisversammlung am 5. März 2013

